

Juni 2017

Liebe GAR-Mitglieder,

in diesem Mai-Rundbrief findet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Fahrradjubiläum am 12. Juni - kommunaler Fahrradaktionstag
2. Struktur der Forstverwaltung nach dem Urteil des Bundeskartellamtes
3. Ausschreibung des Förderprogramms für kommunale Entwicklungszusammenarbeit
4. Neugründung der Landes-Arbeitsgemeinschaft Bauen und Wohnen
5. Nitratbelastung im Grundwasser verringern
6. Die neue AKP ist erschienen zu Wasser und Abwasser

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Schlager

## 1. Kommunalen Fahrradaktionstag

Am 12. Juni dieses Jahres feiert das Fahrrad zweihundertsten Geburtstag. Anlässlich dieses Jubiläums hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund seine Mitglieder zu einer bundesweiten Aktion aufgerufen, dem kommunalen Fahrradaktionstag. Die Idee ist, dass deutschlandweit in Städten und Gemeinden an einem Tag der Woche ab dem 12. Juni 2017 Aktionen und Veranstaltungen angeboten oder Gremienbeschlüsse gefasst werden, die mit dem Thema „Fahrrad“ im Zusammenhang stehen.

Ziel des Fahrradaktionstages ist es, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für dieses Verkehrsmittel und seine zahlreichen Vorteile zu erhöhen und das Rad als attraktive und klimaschonende Alternative zum Auto zu bewerben. Außerdem weist der DStGB in seinem Aufruf auf die Vorteile kommunaler Verkehrspolitik hin, die auf das Fahrrad setzt. Sie kann so ökologischen, gesundheitlichen und räumlichen Problemen entgegenzutreten.

Mögliche Aktionen sind, dass Straßen stunden- oder tageweise für den Autoverkehr gesperrt werden, Fahrradsicherheitstrainings angeboten werden, Informationsveranstaltungen zum Ausbau der kommunalen Fahrradinfrastruktur

abgehalten oder Themen-Radtouren zum Beispiel zu Unfallschwerpunkten veranstaltet werden.

Weitere Ideen für Aktionen und alle Informationen zum kommunalen Fahrradaktionstag auf der Internetseite des DStGB:

<https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Schwerpunkte/Radverkehr%20in%20St%c3%a4dten%20und%20Gemeinden/200%20Jahre%20Fahrrad/>

Es ist schön, wenn sich viele Städte und Gemeinden beteiligen und fürs Fahrrad werben – denn das Fahrrad ist ein wichtiger Beitrag zur Lösung vieler Probleme!

(Matthias Gastel MdB, GAR-Vorstandsmitglied)

## 2. Neue Strukturen in der Forstverwaltung des Landes

Die grüne Landtagsfraktion informiert:

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie Euch bekannt ist, hat das Bundeskartellamt dem Land untersagt, Nadelstammholz aus dem Privat- und Kommunalwald zusammen mit Mengen aus dem Staatswald zu vermarkten. Im Zentrum der Kritik steht das sogenannte Einheitsforstamt. Mit einer Klage gegen diese Entscheidung hatte das Land beim OLG Düsseldorf keinen Erfolg. Am 17.01.2017 wurde zudem das Bundeswaldgesetz geändert, was eine Anpassung des Landeswaldgesetzes erfordert. In der Folge wird in Baden-Württemberg die bestehende Struktur der Forstverwaltung geändert werden müssen.

Im Folgenden findet ihr Informationen zum Stand des Verfahrens und zentrale Grüne Eckpunkte aus Sicht der Landtagsfraktion.

Das Kartellverfahren gegen das Land zur Nadelrundholzvermarktung hat eine lange Geschichte. Es geht zurück auf eine Beschwerde der Sägeindustrie aus dem Jahr 2002, die 2008 mit einer Verpflichtungszusage des Landes abgeschlossen wurde. Die verordneten Maßnahmen haben jedoch nicht die Erfolge gebracht, die das Kartellamt erwartet hatte. Deshalb hat das Kartellamt 2012 u.a. auf Veranlassung der Säge- und Holzindustrie sowie Forstwirtschaftlicher Vereinigungen ein neues Verfahren gegen das Land eröffnet, das aktuell mit dem Urteil des OLG Düsseldorf vorerst abgeschlossen ist, dem Land allerdings die Klagemöglichkeit vor dem Bundesgerichtshof eröffnet.

Folgende Aspekte die Reform der Forstverwaltung betreffend, sind für uns Grüne besonders wichtig:

1. Schnelle Gründung einer ökologisch, ökonomisch und sozial vorbildlichen Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für den Staatsforst: Die Akteure im Forstsektor brauchen Klarheit, um ihre Strukturen anpassen zu können und das Schadensersatzrisiko für das Land wird dadurch gleichzeitig reduziert. Was genau im neuen Staatsforstbetrieb

zusammengeführt werden soll, wo also die Grenzen verlaufen und eine mögliche Kooperation mit den Kommunen beginnt, muss im Detail bewertet und verhandelt werden.

2. Die Umstrukturierung der Forstverwaltung insgesamt soll nach den Grundsätzen von Transparenz, Effizienz und Kooperation erfolgen, es darf keine Verlierer geben. Dazu sollen Leitlinien und ein Fahrplan entwickelt werden. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist uns dabei wichtig.

3. Die Forstreform muss gewährleisten, dass Privat- und Kommunalwald sich an den Leitlinien einer ökologisch, ökonomisch und sozial vorbildlichen Bewirtschaftung orientieren, z.B. durch Standards im Landeswaldgesetz.

Das Kabinett hat am 04.04.17 beschlossen den Bundesgerichtshof in der Sache anzurufen. Gleichzeitig wurde beschlossen die Neugestaltung der Forstverwaltung (Gründung einer AöR) bis 2019 abzuschließen. Derzeit laufen die Gespräche zwischen Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden. Es wurde eine Lenkungs- und Arbeitsgruppe mit Vertretern aller beteiligten Ministerien sowie der Kommunalen Landesverbände eingerichtet. Ende Juni sollen die Eckpunkte zur Neugestaltung der Forstverwaltung stehen. Auch die Grüne Fraktion wird sich zeitnah mit der Umorganisation befassen und eine detaillierte Position ausarbeiten. Dabei werden wir eine angemessene Berücksichtigung der kommunalen Interessen auf jeden Fall mit im Blick behalten.

Wir halten euch weiterhin auf dem Laufenden und stehen für Fragen, Anregungen und den Austausch mit euch gerne zur Verfügung.

(Andreas Schwarz MdL, Martina Braun MdL, Reinhold Pix MdL)

### 3. Förderprogramm für kommunale Entwicklungspolitik

In vielen Städten und Gemeinden gibt es Ideen für entwicklungspolitische Initiativen mit einer Partnergemeinde. Oft haben die Kommunen aber kein Personal und kein Geld, um diese Aktivitäten zu unterstützen und zu koordinieren. Dafür gibt es ein bundesweites Förderprogramm des BMZ (Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit), an dem aus Baden-Württemberg bisher Ludwigsburg teilnimmt. Auch in diesem Jahr können im Rahmen des Angebots „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ Anträge zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination, Beratung und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in den Kommunen eingereicht werden. Die Ausschreibungsunterlagen sind seit Kurzem online. Gefördert werden können Personalstellen in deutschen Kommunalverwaltungen und kommunalen Verbänden, mit bis zu 90%. Außerdem werden Ausgaben für

Fortbildungs- und Reisekosten der Koordinatoren bis zu 6.000 € sowie bis zu 20.000 € für begleitende Maßnahmen anerkannt. Die Projekte müssen 2018 starten und können eine maximale Laufzeit von 24 Monaten haben.

Die Ausschreibung mit allen Förderkonditionen sowie die Dokumente zur Antragstellung stehen im Internet unter: <https://skew.engagement-global.de/koordination-kommunaler-entwicklungspolitik.html>. Bei Fragen zum Projekt ist die Projektleiterin Luca Haas Ansprechperson ([luca.haas@engagement-global.de](mailto:luca.haas@engagement-global.de))

Dieses Förderprogramm zielt auf Personalstellen ab. Förderanträge zu Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit können bei der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SE/) gestellt werden. Durch fachliche Beratung und mit eingeworbenen Spenden fördert die SEZ im Ausland kleine Selbsthilfeprojekte von Partnern aus Baden-Württemberg in den Bereichen Alphabetisierung, Bildung und Ausbildung, Basisinfrastruktur, Ernährung, Frauenförderung, Gesundheit sowie Umweltschutz und Umwelterziehung.

Link: <https://www.sez.de/angebote/?L=0%2C%27A%3D0>

## 4. Landesarbeitsgemeinschaft (UAG) Planen und Bauen

Bezahlbares, lebenswertes Wohnen, lebendige Quartiere und eine nachhaltige Flächenentwicklung in Stadt und Land sind für uns Grüne drängende Zukunftsaufgaben. Um das Wissen und die Erfahrungen von Mitgliedern, Kommunalpolitiker\*innen und allen Interessierten gut in die Arbeit der Landespartei einfließen lassen zu können, startete die Unterarbeitsgemeinschaft (UAG) Bauen Planen Wohnen am 13. Mai neu. Unter Beteiligung unserer Landesvorsitzenden Sandra Detzer, Chris Kühn MdB (Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik der Bundestagsfraktion), sowie unserer Landtagsabgeordneten Andrea Lindlohr MdL (Vorsitzende Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit und Wohnen) und Susanne Bay MdL (Sprecherin für Bauen und Wohnen) wollen wir den Austausch über die Ebenen hinweg verbessern. Viele Ziele wie ausreichender Neubau, die soziale Durchmischung von Quartieren, die Reduktion des Flächenverbrauchs, kostengünstiges Bauen, die Bereitstellung von alters- und behindertengerechtem Wohnraum und die energetische Sanierung bestehenden Wohnraums müssen unter einen Hut gebracht werden. Zu all diesen Aspekten haben wir gute Positionen, an denen wir gemeinsam in der UAG weiterarbeiten wollen. Weitere Interessierte - gerne auch kommunalpolitisch Aktive mit praktischen Erfahrungen vor Ort - sind in der UAG willkommen. Zukünftige Termine und weitere Informationen erhaltet Ihr von Andreas Hamm ([andreas.hamm@gruene-bw.de](mailto:andreas.hamm@gruene-bw.de)). Das

nächste Treffen soll noch vor den Sommerferien stattfinden und u.a. die Wahl der UAG-Sprecher\*innen beinhalten. Die UAG arbeitet unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft, Finanzen, Soziales (LAG WiFiSo).

## 5. Nitrat in Grund- und Trinkwasser reduzieren

### Öffnungsklausel der neuen Düngeverordnung offensiv nutzen

Dem letzten Jahresbericht zum Grundwasserüberwachungsprogramm des Landes (aktuelle Fassung von 2015) zufolge konnten die Nitratbelastungen in Baden-Württemberg zwar erneut reduziert werden. Allerdings wird der Schwellenwert von 50 mg/l immer noch an jeder zehnten Messstelle überschritten. Die höchsten Werte sind in der nördlichen und südlichen Oberrheinschiene, in Teilen des Kraichgaus, im Neckarraum zwischen Stuttgart und Heilbronn sowie in der Region Oberschwaben zu verzeichnen.

Eine gute Übersicht über die Kommunen, auf deren Gemarkung hohe Nitratbelastungen auftreten, gibt folgende Karte:

<http://www.swr.de/swraktuell/bw/nitratbelastung-in-baden-wuerttemberg/-/id=1622/did=18438800/nid=1622/1d2a0In/index.html>

Es sind also in Regionen mit hohen Nitratbelastungen weitere Anstrengungen nötig, damit Bürger\*innen im ganzen Land sauberes und unbelastetes Grund- und Trinkwasser zur Verfügung haben. Die dafür notwendigen Instrumente stehen mittlerweile zur Verfügung. So hat der Bund aktuell eine neue Düngeverordnung erlassen, die die Ausbringung von Düngemitteln reguliert.

Baden-Württemberg hat der Neuregelung im Bundesrat zwar nur „zähneknirschend“ zugestimmt, da die Verbesserungen beim Gewässerschutz nicht weit genug gehen. Doch versetzt die Düngeverordnung dank einer Länderöffnungsklausel die Länder in die Lage, in besonders belasteten Regionen aus einem Maßnahmenkatalog weitergehende Regelungen zu erlassen. Welche davon in welcher Region am wirksamsten sind, muss das Agrarministerium nun schnell und intensiv prüfen. So kann das Land Maßnahmen wie die verpflichtende Erstellung von Nährstoffbilanzen für die Einzelbetriebe oder die Ausweitung von Sperrfristen für Düngemittel mit hohem Phosphat- und Stickstoffgehalt prüfen. Uns Grünen ist es wichtig, dabei streng das Bürgerwohl als Maßstab anzulegen. Gleichzeitig setzen wir auf die weitere Förderung des Ökolandbaus. Das Land unterstützt Betriebe finanziell in der Phase des Umstiegs auf ökologische Landwirtschaft. Das lohnt sich für die Bäuerinnen und Bauern angesichts der steigenden Nachfrage nach Biolebensmitteln und wirkt sich zudem positiv auf die Belastung des Wassers mit Nitrat aus.

Für den Fall, dass Eure Kommune im Bereich der Messpunkte liegt, an denen derzeit

die Schwellwerte für Nitrat überschritten sind, schlagen wir Euch vor, initiativ zu werden. Ihr könntet z.B. bei Eurer Kommune nachfragen, ob der Verwaltung die aktuellen Daten zur Nitratbelastung bekannt sind, ob Initiativen zur Reduktion der Nitratbelastung seitens der Kommune geplant sind und wenn ja, welche. Auch könntet Ihr nachfragen, ob sich Eure Verwaltungsspitze an Landwirtschaftsminister Hauk wendet und ihn auffordert, die gesetzlich möglichen Maßnahmen zur Reduktion der Nitratreinträge aus der Landwirtschaft zu ergreifen.

Auch verschiedene Abgeordneten der Grünen Landtagsfraktion aus den betroffenen Wahlkreisen appellieren derzeit an den Agrarminister, die Öffnungsklauseln der neuen Düngeverordnung offensiv zu nutzen, um die Stickstoff-Belastungen schnellstmöglich zu reduzieren.

Hintergrundinfo:

Die Ergebnisse der Grundwasserüberwachung 2015 im Detail (Karte auf S. 28/29) könnt ihr hier herunterladen:

<http://www4.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/261998/>

Zu den Ursachen und Auswirkungen von Stickstoff- bzw. Nitratüberschüssen auf Umwelt und Gesundheit siehe auch:

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/stickstoff#textpart-1>

## 6. Neue AKP mit Wasser und Abwasser als Schwerpunkt

Wie so oft ist diese Zeitschrift eine faktenreiche Fundgrube für kommunalpolitisches Engagement. Aus dem Inhalt:

**Kommunale, nationale und internationale Wasserpolitik** | Wasser kennt keine Grenzen, Sauberes Wasser ist unsere Lebensgrundlage. Nitratbelastung, Medikamente und Mikroplastik im Wasser zeigen, dass es noch viel zu tun gibt.

**Sanierungsbedarf und -strategien der Wasserwerke** | Höchste Zeit, wasseraktiv zu werden. Am schlimmsten ist es dort, wo man es am wenigstens sieht: Im Untergrund zerbröseln Kanalisationsröhren und verrosteten Wasserleitungen.

**Energieautarke Kläranlagen** | Aus Abwasser wird Strom und Wärme  
Die Kläranlage ist in vielen Städten und Gemeinden der größte Einzelverbraucher von Strom – noch vor Schulen, Straßenbeleuchtung und Krankenhäusern. In den bundesweit mehr als 10.000 Kläranlagen schlummert oft noch ein beachtliches Potenzial, den Verbrauch zu reduzieren und auf erneuerbare Energien umzusteigen.

**Phosphor-Recycling** | Schlamm klar?

Eine neue Klärschlammverordnung zwingt zum Umdenken, bietet kommunalen Abwasser-Betrieben aber auch neue Chancen: zum Beispiel beim Phosphor-Recycling.

**Hochwasserschutzgesetz II** | Besser kein Gesetz als ein solches Gesetz

... solche Positionen vertritt man in Landesministerien, weil ein Entwurf aus dem BMU den Hochwasserschutz verwässern würde.

**Tagebauseen** | Vom Baggerloch zum Badespaß

Der ökologische Wandel ehemaliger Braunkohle-Abbaugelände klappt. Die Mehrheit der dort entstandenen Seen hat inzwischen eine gute Wasserqualität.

**Seen und Flüsse in Bayern** | Diese Werte taugen nicht für einen Tourismus-Prospekt Bayern ist weithin bekannt für seine klaren Seen und Flüsse. Weniger bekannt ist der tatsächliche Zustand der Gewässer. Der unterscheidet sich erheblich von diesem Image und muss dringend verbessert werden.

**Selbstverpflichtung für gute Wasserqualität** | Blue Community

Städte, Gemeinden und Organisationen können sich selbst zur „Blue Community“ erklären, wenn sie sich zu drei Grundsätzen verpflichten: Wasser ist Menschenrecht, Leitungswasser wird gegenüber Flaschenwasser bevorzugt und die Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben.

Das Einzelheft kostet 11 Euro plus Porto und kann bezogen werden bei

[akp@akp-redaktion.de](mailto:akp@akp-redaktion.de)

<http://www.akp-redaktion.de>

---

**Impressum**

Sabine Schlager  
Grüne und Alternative in den Räten  
Königstraße 78  
70173 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
[gar@gar-bw.de](mailto:gar@gar-bw.de)  
[www.gar-bw.de](http://www.gar-bw.de)

